
Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 07/07

1. IANSA: Internationaler Tag zur Zerstörung von Kleinwaffen

Das Internationale Netzwerk zu Kleinwaffen informiert auf seiner Internetseite über die weltweiten Aktivitäten zum „International Gun Destruction Day 2007“. Am 9. Juli hatten, wie in den Vorjahren, in vielen Ländern Aktionen und

Veranstaltungen zur Kleinwaffenproblematik stattgefunden. Berichte und weitere Links zum Thema finden sich unter:

<http://www.iansa.org/action/2007/gun-destruction-day.htm>

2. Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport

Mit dem Aufruf „Skandal ohne Grenzen – den Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden!“ fordert der DFG-VK-Bundessprecher und DAKS-Sprecher Jürgen Grässlin Unterstützung für die „Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport“. Am 10. Juli hatte sich in Waldkirch bei Freiburg ein breites Bündnis von Organisationen getroffen und eine Erklärung erarbeitet.

Am darauffolgenden Tag informierte eine Pressemitteilung der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) über den Beschlusstext. Jürgen Grässlin wird dort mit folgenden Worten zitiert: „Aufgrund meiner Recherchen in Kriegs- und Krisengebieten und zahlreichen Gespräche mit Familienmitgliedern von Opfern deutscher Rüstungsexporte weiß ich, dass Waffenlieferungen aus Deutschland und anderen Ländern aktive Beihilfe zum Massenmord darstellen.“

Der Historiker und Mitveranstalter Prof. Dr. Wolfram Wette erklärte, dass man mit der „Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport“ ein Zeichen setzen wolle gegen den „Skandal ohne Grenzen, dem dringend Einhalt geboten werden muss“. Wette verspricht sich von der Resolution, „dass sie den gesellschaftlichen Anstoß zu einer dringend gebotenen moralischen

und ethischen Debatte in Deutschland geben wird“.

Zum Initiativkreis gehört auch Dr. Bernhard Moltmann, Vorsitzender der Fachgruppe Rüstungsexport der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE). Er betonte in seinem Impulsreferat das Engagement der katholischen und evangelischen Kirchen gegen Rüstungsexporte.

Stephan Möhrle, Vorstandsmitglied des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.) richtete den Blick auf Rüstungsproduzenten wie Daimler bzw. EADS, Heckler & Koch oder LITEF. Der Druck auf diese und andere Firmen wachse, so Möhrle weiter, sie müssten endlich die Rüstungskonversion einleiten und ausschließlich zivile Güter fertigen.

Weitere Erstunterzeichner der „Waldkircher Erklärung“ sind der DGB-Vorsitzende Südbaden Jürgen Höfflin, der Geschäftsführer der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL) Paul Russmann und neben Vertretern von Pax Christi, der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) und der Partei „DIE LINKE.“ auch viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Auftaktveranstaltung. Im Herbst soll die Erklärung den Mitgliedern des Deutschen Bundestags, der Bundesregierung und des Bun-

dessicherheitsrats zur Stellungnahme zugeleitet werden. Weitere Veranstaltungen zum Thema sind bereits in Planung.

Die Pressemitteilung der DFG-VK und der Text der „Waldkircher Erklärung“ finden sich unter:

<http://www.deutsche-friedensgesell->

[schaft.de/php/index.php?id=63&tx_ttnews\[tt_news\]=129&tx_ttnews\[backPid\]=66&clHash=ed491f9a51](http://www.deutsche-friedensgesellschaft.de/php/index.php?id=63&tx_ttnews[tt_news]=129&tx_ttnews[backPid]=66&clHash=ed491f9a51)

Kontaktmöglichkeit: Jürgen Grässlin, Tel. 0761-7678208, E-Mail: graesslin@dfg-vk.de

3. Ohne Rüstung Leben: Artikel zur Munitionsproblematik

In ihren neuen „Informationen“ befasst sich die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL, Stuttgart) mit der Problematik des weltweiten Munitionshandels. In dem zweiseitigen Artikel „Ein Gewehr ohne Kugel ist wie ein Bogen ohne Pfeil“ klärt DAKS-Sprecher Paul Russmann über grundlegende Aspekte der Munitionstechnik auf und geht dann über zu Themen wie Handelswegen und (bisher fehlenden) Transferkontrollen. Auf Produzentenseite wird vor allem die Firma RUAG Ammotec angesprochen. Russmann betont, dass die Preise für Munition ein Indikator dafür seien, ob und

wie intensiv ein Konflikt mit Waffengewalt ausgetragen würde. Seine abschließenden Forderungen beziehen sich u.a. auf die Tatsache, dass weiterhin Anlagen zur Herstellung von Munition und Kleinwaffen exportiert werden, ohne dass international verbindliche Regelungen zur Kontrolle des Rüstungshandels in Kraft gesetzt werden.

Die „Informationen“ 3/2007 können bestellt werden bei ORL, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711-608396, E-Mail: orl-russmann@gaia.de, Fax 0711-608357.

4. „Neu für Alt“ ist letztlich nur ein Feigenblatt ist, um von der grauen Realität deutscher Rüstungsexporte abzulenken“

Interview mit MdB Paul Schäfer

Paul Schäfer ist der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Im Juni hatte er zusammen mit mehreren FraktionskollegInnen die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage (Drucksache 16/5557) um Antworten gebeten, ob und wie das Prinzip „Neu für Alt“ im Kleinwaffenbereich tatsächlich umgesetzt wird. Dieser Grundsatz soll bewirken, dass bei Neulieferungen von Kleinwaffen die dadurch entstehenden Altbestände nicht verkauft, sondern vernichtet werden. Die Antworten auf die Anfrage gibt es u.a. demnächst unter:

http://www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=initiativen_a

1. Ist der Grundsatz „Neu für Alt“ ein richtiger Ansatz zur Verhinderung der Proliferation von Kleinwaffen aus Deutschland?

Die wirkungsvollste Maßnahme zur weltweiten Verhinderung der Verbreitung deutscher Kleinwaffen ist mit Sicherheit ein grundsätzliches Exportverbot für sämtliche Kleinwaffen und leichte Waffen. Aber was schon unter Rot-Grün nicht möglich war, wird mit der derzeitigen Re-

gierungskoalition nur noch schwerer durchgesetzt werden können.

Die Idee, bei Exporten von Kleinwaffen wenigstens darauf zu achten, dass die Altbestände bei den Empfängern im Gegenzug für die Neulieferungen zerstört werden, ist nicht gänzlich unwichtig. Eine konsequente Anwendung des Grundsatzes könnte sicherlich in einigen Fällen Reexporte der ausgemusterten Kleinwaffen verhindern.

Andererseits darf dabei nie vergessen werden, dass das eigentliche Problem nicht in der Vernichtung von Altbeständen besteht, sondern in der Lieferung modernster deutscher Kleinwaffen an andere Staaten. Hier sind restriktive politische Maßnahmen viel dringlicher.

2. Welchen Stellenwert hat der Grundsatz „Neu für Alt“ für die praktische Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung?

Obwohl die Bundesregierung in keinem Rüstungsexportbericht seit 2003 die Chance verstreichen lässt, auf die Anwendung dieses Grundsatzes hinzuweisen, zeichnet sich in der Praxis ein anderes Bild. Zum Beispiel wurde

2005 der Export von etwa 5.500 Kleinwaffen an so genannte Drittstaaten genehmigt. Über die Anwendung des Grundsatzes „Neu für Alt“ bei diesen Geschäften hüllt sich die Bundesregierung leider in Schweigen.

Aus den Antworten der Bundesregierung auf meine Kleine Anfrage geht deutlich hervor, dass die Bundesregierung anscheinend gar nicht weiß (oder wissen will), inwieweit der Grundsatz „Neu für Alt“ in der Praxis Anwendung findet.

Es ist deutlich geworden, dass die Bundesregierung den Anwendungsbereich dieses Grundsatzes sehr eng fasst. Nur bei möglichen Exporten in Staaten außerhalb der EU, der NATO und der NATO-gleichgestellten Länder wird versucht, den Grundsatz anzuwenden. Diese Differenzierung erschließt sich nicht, denn eine Kontrolle des Endverbleibs deutscher Kleinwaffen basiert letzten Endes in jedem Staat leider auf Treu und Glauben.

Der Grundsatz gilt außerdem nicht für so genannte leichte Waffen, also z.B. Panzerfäuste, oder für Bestandteile von Kleinwaffen, oder Lizenzproduktionen, wie z.B. von den G36 in Spanien, und auch nicht für Munition.

Auch über die Qualität der Verifizierung der Anwendung des Grundsatzes „Neu für Alt“ kann eigentlich kein Urteil gefällt werden. Allerdings erscheint es mir bedenklich, dass die Bundesregierung bereits eine „schriftliche Zusage“ der Regierung des Empfängerlands akzeptiert bzw. den deutschen Exporteur mit der Verifikation beauftragt. Hier bleiben viele Hintertüren für Waffenschiebereien offen.

3. Welche Konsequenzen für die Proliferation von Kleinwaffen hat es, dass der Grundsatz „Neu für Alt“ nicht für die Gruppe der NATO-Staaten gilt?

Laut Antwort der Bundesregierung hatte diese Einschränkung des Anwendungsbereiches von „Neu für Alt“ auf jeden Fall die Konsequenz, dass in den Jahren 2003 bis 2005 etwa allein 3.300 Klein- und leichte Waffen aus Beständen der Bundeswehr an NATO- und EU-Staaten abgegeben werden konnten, ohne dass entsprechende Altbestände vernichtet werden mussten. Dies gilt auch für die gegenwärtigen Kleinwaffengeschäfte mit Norwegen, Lettland und Griechenland.

Viele der NATO-Staaten, u.a. Frankreich, Großbritannien und die USA, aber auch Spanien, setzen Rüstungsexporte auch im Rahmen ihrer

regionalen Bündnispolitik ein, d.h. gerade diese Staaten sind bereit, ihre Altbestände zu exportieren. Dies nimmt die Bundesregierung billigend in Kauf, wenn sie Kleinwaffenexporte dorthin ohne die Auflage „Neu für Alt“ genehmigt.

4. Sollte der Grundsatz „Neu für Alt“ auch auf den Munitionsbereich ausgedehnt werden?

Wenn man schon über den Grundsatz „Neu für Alt“ diskutiert, wäre alles andere als eine Ausweitung auf den Munitionsbereich inkonsequent, denn ohne Munition sind Kleinwaffen wirkungslos. Doch auch hier gilt für mich, dass es eigentlich darum gehen muss, Munitionsexporte kategorisch auszuschließen.

5. Wo besteht Verbesserungsbedarf?

Die Bundesregierung ist nach wie vor nicht bereit, die Proliferation deutscher Kleinwaffen wirklich zu unterbinden. Unter dem Strich zeigt sich, dass auch „Neu für Alt“ letztlich nur ein Feigenblatt ist, um von der grauen Realität deutscher Rüstungsexporte abzulenken. Und selbst dieser Grundsatz wurde bisher nur halbherzig umgesetzt. Folgendes gehört zum absoluten Minimum, was die Bundesregierung tun müsste, um wenigstens die Glaubwürdigkeit von „Neu für Alt“ als Instrument der Rüstungsexportkontrolle zu stärken:

1. Der Grundsatz „Neu für Alt“ muss für Exporte in alle Staaten gelten.
2. Die Bundesregierung muss im Jahresabrüstungsbericht und Rüstungsexportbericht detailliertere Angaben machen. Wenn bislang keine statistischen Angaben erhoben wurden, muss dies eben geändert werden.
3. Der Grundsatz „Neu für Alt“ muss auch für deutsche Lizenzproduktionen im Ausland gelten.
4. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass der Grundsatz „Neu für Alt“ auch Bestandteil der Vereinbarungen der EU über den gemeinsamen Umgang mit Ausfuhren von Kleinwaffen wird.
5. Das Verifikationssystem muss verbessert werden, z.B. dadurch, dass immer entweder ein Vertreter der deutschen Botschaft im Empfängerland der Zerstörung beiwohnt oder dass der deutsche Exporteur die zu entsorgenden Waffen nach Deutschland einführt und hier unter Aufsicht zerstört.

5. Spiegel-Bericht zu 60 Jahren AK47

Anlässlich einer PR-Veranstaltung in Moskau, bei der die Erfindung der Kalaschnikow vor 60 Jahren gefeiert wurde, berichtete Simone Schlindwein in Spiegel Online über die blutige Geschichte des Gewehrs AK47. In ihrem Artikel spricht sie auch die Kontakte zwischen der Waffenfirma Rosoboronexport und dem russischen Geheimdienst an. Als „eine Ironie der Geschichte“ sieht Schlindwein an, dass sich für die Kalaschnikow (und spätere ähnliche Waffen) die Bezeichnung „Sturmgewehr“ eingebürgert habe – ein Begriff, der aus der Nazi-Propaganda entnommen sei. Die faschistische Wehrmacht habe

nämlich mit dem Sturmgewehr 44 zuerst eine automatische Waffe entwickelt. Der Bericht findet sich unter:

<http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/0,1518,493106,00.html>

Im britischen „Telegraph“ rezensierte Michael Burleigh Anfang Juli das neue Buch von Michael Hodges „The Story of the People’s Gun“, dass sich mit der Geschichte der Kalaschnikow befasst:

<http://www.telegraph.co.uk/arts/main.jhtml?xml=/arts/2007/07/05/bohod101.xml>

6. „The force behind the forces“: seit über 40 Jahren produzieren die Pakistan Ordnance Factories das G3

von Alexander Lurç (BITS)

Nach einwöchiger Belagerung stürmten die pakistanischen Streitkräfte die Rote Moschee in Islamabad. Über hundert Menschen fanden in den stundenlangen Gefechten den Tod. Die Bilder dieser Tragödie gingen in diesem Monat um die Welt. Bei der Erstürmung griffen die pakistanischen Soldaten auch auf deutsche Technologie zurück: sie setzten das Sturmgewehr G3 ein.

Seit Mitte der 60er Jahre stellt Pakistan das G3 in seinen staatlichen Rüstungsbetrieben, den Pakistan Ordnance Factories, nach Eigenwerbung die „force behind the forces“, in Lizenz her. Die Produktion deckt nicht nur den Bedarf der eigenen Streitkräfte, sondern ermöglicht auch den Export.

Das Bundesverteidigungsministerium, Inhaber der G3-Lizenz, überließ im März 1963 der damaligen Regierung in Islamabad, dem Militärregime Ayub Khans, kostenfrei die Nachbaurechte für das Sturmgewehr. Fünf Monate später unterzeichnete die Oberndorfer Rüstungsschmiede Heckler & Koch (HK) einen Kooperationsvertrag mit den pakistanischen Machthabern, in dem der Aufbau der Produktionsanlagen in den Pakistan Ordnance Factories (POF) in Wah nahe Islamabad vereinbart wurde. Ein Veto des Auswärtigen Amtes war nicht zu befürchten. Die Beamten dort freuten sich, dass „die Förderung der Herstellung von Waffen (...) uns der Notwendigkeit enthebt, Anträge auf Lieferung von

Fertigwaffen entsprechend unserer grundsätzlichen Haltung in dieser Frage abzulehnen.“ Ebenso passte die Lizenzvergabe in die Strategie des Auswärtigen Amtes, „unseren Freunden auf kommerzieller Basis beim Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie zu helfen.“

Nach Vertragsabschluss ging Heckler & Koch zügig ans Werk. Anfang 1964 erfolgten die ersten Lieferungen von Spezialmaschinen, Einzelteilen sowie Rohren und Verschlüssen. Zu Beginn des folgenden Jahres war die Fabrikation angelaufen: Heckler & Koch konnte Munition zum Einschießen der Gewehre liefern. Damit stand das G3 den pakistanischen Streitkräften im begrenzten Umfang schon während des zweiten Indisch-Pakistanischen Krieg im Herbst 1965 zur Verfügung.

Nachdem die Erstausrüstung der Streitkräfte abgeschlossen war, begann Pakistan mit dem weltweiten Export des G3. Nur wenige gesicherte Informationen liegen über die Abnehmer vor. Einer der ersten Käufer war wahrscheinlich das Regime Siad Barres in Somalia, welches 1977 seine Arsenale mit den Produkten der POF füllte. Nachweisliche Abnehmer sind auch Bangladesch und Sri Lanka, dessen Armee das G3 im Bürgerkrieg gegen die Rebellen der Tamil Tigers einsetzt. Womöglich erhielten in den letzten Jahren auch die Streitkräfte Iraks das Sturmgewehr. Ende 2004 schlossen eine irakische Einkaufsdelegation und die POF einen Vertrag über die Lieferung von Waffen und Munition im Wert von \$ 49 Millionen. Die Vertragsdetails sind

nicht bekannt, das G3 war allerdings Teil des auf die irakischen Bedürfnisse zugeschnittenen Angebotspakets.

Der Vertrag mit dem Irak fällt in eine Zeit, in der die Exportanstrengungen des stets devisenschwachen Staats zunehmen. Seit 2000 veranstaltet das Ministry of Defence Production im zweijährigen Rhythmus die Rüstungsmesse IDEAS in Islamabad. Die professionelle Leistungsshow der heimischen Rüstungsindustrie findet von Veranstaltung zu Veranstaltung mehr Resonanz im Ausland und somit potentielle Kunden für das G3 made in Pakistan.

Auch außerhalb der IDEAS üben sich die POF in der Vermarktung. Auf ihrer Homepage

(www.pof.gov.pk) preisen sie in Wort und Bild ihre Produkte an, unter anderem mit der Referenz „with technology acquired from world leaders in Small Arms namely H&K Germany“.

Eine Zustimmung von deutscher Seite benötigt Pakistan für die Exporte der „Braut des deutschen Soldaten“ übrigens nicht. Endverbleibsregelungen für im Ausland in Lizenz produzierte deutsche Waffen führte die Bundesregierung erst 1982 ein – zwei Jahrzehnte nach Vertragsabschluss mit den Freunden in Pakistan.

Alexander Lurz ist Mitarbeiter des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit (BITS).

7. Greenpeace gibt NGO-Handbuch heraus

Mit einem im Juli erschienenen, 500 Seiten starken Handbuch informiert Greenpeace über Nichtregierungsorganisationen (NGO/NRO) aus Deutschland, Österreich, Luxemburg und der Schweiz. In der Abteilung „Frieden/Abrüstung“ bzw. Menschenrechte, Demokratie, Soziales und Gesundheit“ werden auch verschie-

dene DAKS-Organisationen, Unterstützer des Kleinwaffen-Newsletters sowie das Aktionsnetz selbst aufgeführt. Mehr Informationen zum Handbuch (im praktischen Taschenbuchformat) gibt es unter:

<https://www.greenpeace-magazin.de/warenhaus/detail.php?id=622>

8. Munitionsrubrik: 5,56 NATO und wie es weitergeht

von Fabian Sieber (pax christi) und André Maertens (RüstungsInformationsBüro)

Seit mehreren Jahren gibt es immer wieder Gerüchte, dass eine Entscheidung der US-Armee unmittelbar bevorsteht, das M16-Sturmgewehr durch eine neue Waffe zu ersetzen. Immer wieder im Gespräch ist dabei auch die deutsche Firma Heckler & Koch, die sich mit ihren Entwürfen XM8 und HK416 jeweils bei entsprechenden Ausschreibungen beworben hat.

Leicht aus dem Blick gerät dabei, dass spätestens seit August 1989, als die US-Armee mit dem „Advanced Combat Rifle“-Programm (ACR-Programm) begann, nach einem Nachfolgemodell für das M16 A2-Sturmgewehr gesucht wird. Damals wie heute geht es darum, die Leistung im Vergleich mit dem M16-Gewehr zu steigern. Das ACR-Programm formulierte als Zielvorgabe eine hundertprozentige Verbesserung der Treffergenauigkeit unter Gefechtsfeldbedingungen. Das heißt: Während mit dem M16A2 unter entsprechenden Bedingungen auf 100 m Entfernung nur etwa 20% aller abgegebe-

nen Schüsse treffen und auf 600 m sogar nur noch etwa 5%, sollten künftig mindestens 40% bzw. 10% ihr Ziel finden. Trotz reger Beteiligung von Seiten der Industrie (Heckler & Koch z.B. nahm mit seinem G11-Sturmgewehr an der Ausschreibung teil) konnten die erreichten Leistungen das Militär nicht überzeugen. Und so wurde weiter gesucht. Bis heute.

Dass die Zielvorgaben bis heute nicht erreicht wurden, liegt nicht nur daran, dass sich die Wünsche der Armee immer wieder verändert haben, sondern auch an der bisher verwendeten Standardmunition für Sturmgewehre im Kaliber 5,56 NATO (siehe dazu Kleinwaffen-Newsletter 6/2007). Diese Munition verfügt – wie mittlerweile auch aus Kreisen der Bundeswehr kritisiert wird – über zu wenig (Energie-)„Reserven“, um auch über längere Schussdistanzen (über 400 m) noch tödlich genug zu sein. Die Entwicklung eines „Mittelkalibers“, dessen Rückstoß nicht ganz so stark ist wie derjenige der 7,62 NATO-Munition, das aber über ein etwas größeres Geschoss und etwas mehr Energie verfügt als die

5,56 NATO, wird deshalb seit einiger Zeit gefordert.

Die „Idealmaße“ einer solchen Munition sind durch eine Untersuchung des britischen Militärs bereits seit den 1960er Jahren bekannt und orientieren sich daran, über wie viel Energie ein Geschoss mindestens verfügen sollte, um moderne Stahlhelme zu durchschlagen. Ein Geschoss mit einem Durchmesser von 7 mm sollte demnach über mindestens 650 Joule verfügen. Wird stattdessen ein Geschoss im Kaliber 4,5 mm gewählt, genügen auch rund 420 Joule. Liegt die geforderte Reichweite dieser Geschosse bei über 400 m, dann sollte die Mündungsenergie solcher Geschosse zwischen 825 Joule bei der 4,5 mm-Munition liegen bzw. bei 2470 Joule bei der 7 mm-Munition.

In der Zwischenzeit wurden zwei neue Munitionssorten entwickelt, die genau in diesem Leistungsspektrum liegen: die 6,8 x 43 mm Remington SPC und die 6,5 x 38 mm Grendel. Diese Munition ist so neu, dass es bisher nur eine einzige Waffe gibt, die sie verwenden kann: das F2000-Gewehr der belgischen Firma FN Herstal. Es sind tatsächlich beide Munitionssorten, die diese Waffe verwenden kann, handelt es sich doch um eines der ersten tatsächlich „modularen“ Sturmgewehre, dem – je nach Einsatzsituation – verschiedene Läufe in verschiedenen Kalibern aufmontiert werden können. Diese Gestaltung des F2000, die in enger Kooperation mit dem Hauptquartier der US-Spezialeinheiten SOCOM ausgeführt wurde, zeigt, welche Bedeutung der Munition heute vom Militär eingeräumt wird.

9. Händler des Todes: Biographie des Waffenhändlers Victor Bout erschienen

Unter dem Titel „Merchant of Death: Money, Guns, Planes, and the Man Who Makes War Possible“ ist bei John Wiley & Sons ein Buch über den Rüstungshändler Viktor Bout erschienen (ISBN: 978-0-470-04866-5). Bout hatte u.a. Charles Taylor und andere Kriegsparteien in Westafrika mit Waffen ausgerüstet. Die Biographen Douglas Farah and Stephen Braun wurden

Trotzdem ist damit noch nicht entschieden, dass diese Waffe tatsächlich das neue Sturmgewehr der US-Armee werden wird, denn es gibt bereits ein Konkurrenzprodukt. Die US-Firma Black Hills Ammunition hat, statt eine völlig neue Munition zu entwickeln, die existierende 5,56 NATO-Munition zwar lediglich optimiert, dies jedoch anscheinend mit überzeugendem Ergebnis. Das von ihr entwickelte Geschoss (MK262) scheint in menschlichen Körpern rascher als das bisher verwendete M855 zu fragmentieren und dabei über eine höhere effektive Reichweite zu verfügen. Die gewünschte gesteigerte Letalitätswirkung ist damit erreicht und durch den Einsatz dieser Munition im „Krieg gegen den Terror“ wohl auch schon demonstriert worden: In Afghanistan scheint ein Team von US-Soldaten auf eine Entfernung von rund 700 m 75 Kämpfer der Taliban mit exakt 77 Schuss getötet zu haben. Unter diesen Vorzeichen scheint dem US-Militär die Einführung eines neuen Kalibers für Sturmgewehre vielleicht gar nicht mehr so dringend, da die optimierte „alte“ Munition prinzipiell ähnliche Ergebnisse produzieren kann.

Die Diskussion innerhalb der Armee, welches Kaliber künftig verwendet werden soll, scheint unter diesen Vorzeichen noch anzuhalten. Und ebenso die Überlegungen, welches Sturmgewehr-Modell eingeführt werden soll, denn angesichts der prinzipiellen Möglichkeit, dass die 5,56 NATO auch künftig verwendet werden kann, sind natürlich auch Waffen wie das G36 oder das HK416 von Heckler & Koch wieder mögliche Kandidaten. What a brave new world.

kürzlich von der Zeitschrift „Men's Vogue“ interviewt:

http://www.mensvogue.com/business/blackbook/articles/2007/06/braun_farah_interview

Auf Indymedia erschien von Dr. Alexander von Paleske ein Artikel zu diesem Thema:

<http://de.indymedia.org/2007/07/187807.shtml>

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: rib.freiburg@gmx.de
Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: André Maertens.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum
Braunschweig

